

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

GSOA

GSoA-Zitig November 2012 Nr. 152

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



**Deserteure verdienen unseren Schutz: Asylreferendum jetzt unterschreiben!**

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Man wolle das Referendum gegen die Verschärfungen im Asylgesetz nicht unterstützen. Denn man habe keine Chance in der Volksabstimmung und biete nur der SVP eine Bühne für eine gruselige Abstimmungskampagne. So argumentiert man bei der SP und bei Amnesty International. So argumentiert man, wenn in Parteizentralen und Hauptsitzen Politik mit dem Rechenschieber gemacht wird. Die GSoA ist anders. Bei den Verschärfungen im Asylgesetz revoltieren unsere Herzen. Diesmal ganz besonders: Indem sie Kriegsdienstverweigerer explizit vom Asylrecht ausschliessen, greifen die Bürgerlichen unsere antimilitaristische Überzeugung frontal an. Da gilt es nicht primär über die Erfolgchancen des Referendums nachzudenken, sondern es einfach zu unterstützen. Nur schon damit man seine eigenen Ideale nicht verrät und glaubwürdig bleibt – nicht zuletzt gegenüber sich selber.

Dieser Ausgabe der GSoA-Zeitung liegt ein Referendumsbogen bei. Wir hoffen, dass Dich die Verschärfungen im Asylgesetz ebenso empören wie uns und Du das Referendum unterschreibst. Auf Seite 6 dieser Zeitung findest Du die wichtigsten Argumente dazu. Übrigens: Immer mehr Sektionen der SP machen es gleich wie wir und unterstützen das Referendum – auch gegen den Willen ihres Parteipräsidenten.

Wir wollen aber auch unsere eigenen Initiativen und Kampagnen nicht vernachlässigen. So können wir unsere LeserInnenschaft über den neuesten Stand bei unserer Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht orientieren. Der Bundesrat hat sich (nicht ganz überraschend) gegen die Initiative ausgesprochen (siehe Seite 3). Auch das Schmierentheater um die neuen Kampfjets verfolgen wir in der GSoA-Zitig natürlich weiter (siehe Seite 4).

Der Artikel von Andreas Weibel auf Seite 7 zeigt, dass wir als AntimilitaristInnen Grund haben, optimistisch in die Welt zu schauen. Auch wenn es in Anbetracht des Elendes einzelner Kriege schwer fällt sich daran zu erfreuen: Insgesamt wird die Welt ein friedlicherer Planet. Eine schöne Erkenntnis – auch als Nachtrag zum 30-Jahr-Jubiläum der GSoA.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

30 JAHRE GSOA

## Eindrücke vom Jubiläumsfest

Zusammengestellt von Cordula Bieri



Die Planung hat viel Zeit und Energie beansprucht. Umso grösser war die Freude, als die letzten Pace-Fahnen aufgehängt waren und nur noch auf die Gäste gewartet werden konnte.



Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisation e.V. referierte über die beunruhigenden Militarisationstendenzen in der EU. Damit konnten wir über den Schweizer Tellerrand hinausblicken und Perspektiven für eine engere Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Friedensbewegung andiskutieren.



Eine Ausstellung über die Geschichte der GSoA rief bei den älteren Generationen freudige Erinnerungen wach und die jüngeren GSoA-AktivistInnen staunten über die Kreativität vergangener Jahre. Beim Betrachten der Ausstellung hat sich wohl die eine oder andere Idee für kommende Aktionen geformt.



Am Abend strömten immer mehr Leute in den Innenhof des Progs. Wohl nicht zuletzt wegen des fantastischen Essens, welches uns das Sous le Pont Team auftischte. Beim gemütlichen Zusammensitzen wurde lebhaft über die Vergangenheit und Zukunft der GSoA diskutiert.



Gespannte Gesichter beim Poetry Slam von Etrit Hasler. Zu sehen und vor allem zu hören waren auf der Bühne neben ihm auch Marguerite Meyer, Heike Fiedler und Flurin Jecker mit einer berührenden Festrede. Auch die GSoA-Band «Pazif und ab u zue blutt» durfte natürlich nicht fehlen und liess uns bis spät in die Nacht hinein das Tanzbein schwingen.

SCHLECHTE ARGUMENTE

# Bundesrat lehnt Wehrpflichtinitiative ab

Die Stellungnahme des Bundesrates zur Wehrpflichtinitiative fiel nicht überraschend aus. Am 14. September gab er bekannt, dass er die Initiative ablehne. Seine wichtigsten Argumente werden hier kurz ausgeführt und widerlegt. Von Seraina Patzen

«Die Annahme der Initiative [würde] die Sicherheit von Land und Bevölkerung gefährden.» So lautet das zentrale Argument des Bundesrates gegen die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht. Er begründet es damit, dass die Sicherheit davon abhänge, ob sich genügend Leute für eine freiwillige Milizarmee finden liessen und ob diese auch zu jedem Einsatz bereit wären. Eine Armee garantiert jedoch keine Sicherheit, schon gar nicht ein Massenheer, wie es die Schweiz kennt. Die Armee kostet vor allem. Das Geld würde beispielsweise in den Sozialversicherungen dringender benötigt und dort für echte Sicherheit sorgen. Die Bedrohungen der heutigen Zeit liegen im Klimawandel oder der Finanzkrise, niemandem ist hier mit einer Armee geholfen.

Der Bundesrat argumentiert, auf Freiwillige sei kein Verlass. Die Einsatzfähigkeit der Armee hänge davon ab, ob der Einsatz von den Armeemitgliedern als sinnvoll goutiert würde, weil sonst würden sie ja nicht mitmachen. Mit seiner Argumentation tritt er interessanterweise all jenen auf die Füsse, die sich heute schon im Militär tatsächlich freiwillig engagieren, also beispielsweise freiwillig weitermachen. Die

absurde Logik des Bundesrates ist ein Eigentor, das uns von der GSoA natürlich freut. Reichlich Ärger in der Armee dürfte damit programmiert sein.

## Die Pflichten des Schweizer Bürgers

Der Bundesrat argumentiert weiter mit «Rechten, die untrennbar mit Pflichten verbunden» seien im Schweizer Staat. Natürlich gibt es Pflichten, gegen die wir nicht protestieren. Niemand stellt die Steuerpflicht oder die Schulpflicht in Frage. Die Wehrpflicht lässt sich allerdings nicht damit vergleichen.

Die Wehrpflicht gilt erstens nur für Männer. Der logische Schluss aus der bundesrätlichen Argumentation wäre demnach, dass daraus Rechte resultieren, die nur für Männer gelten – was heute glücklicherweise nicht mehr der Fall ist. Zweitens trägt die Militärdienstpflicht in sich, dass der Staat im Extremfall von seinen Bürgern verlangen kann, für ihn zu töten oder für ihn zu sterben.

## Die Beziehung der Armee zum Volk

Als drittes Argument führt der Bundesrat die «Effizienz, Wirksamkeit und gesellschaftliche Abstützung» ins Feld, die durch die Wehrpflicht erreicht wird. Nur damit sei es möglich, in kurzer Zeit eine grosse Zahl von Soldaten aufzubieten, nur so könnten zivile Fähigkeiten im Militär genutzt werden und nur so sei die Verbindung zwischen Armee und Bevölkerung so eng.

Die Diskussionen über das Massenheer sind altbekannt. In der heutigen Zeit braucht niemand mehr eine so grosse Armee. Selbst bürgerliche ArmeereformerInnen sehen das ein. Viel eher bräuchten wir einen gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Zivilschutz.

Auch die Abstützung der Armee in der Bevölkerung und die demografische Durchmischung ist heute eine idealisierte Vorstellung aus bürgerlichen Kreisen. Wer heute nicht ins Militär will und es sich leisten kann, zahlt die Ersatzabgabe. Dies sind oft Männer aus städtischen Gebieten, besonders oft aus der Romandie und Männer, die aus eher armeekritischen Kreisen kommen. Mit dem Parlamentbeschluss von

letztem Herbst wird die Armee auf 100'000 Mann weiter verkleinert. Damit wird es für das Militär noch schwieriger werden die sogenannte «Wehrgerechtigkeit» sicherzustellen.

Der Bundesrat versucht mit seiner Botschaft, die Ängste derjenigen zu schüren, die in der Wehrpflichtinitiative eine Armeeausschaffungsinitiative sehen. Mit der Annahme der Initiative wird die Armee aber nicht abgeschafft. Was wir erreichen würden, ist eine weniger militarisierte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in welcher der Kriegsdienst nicht mehr als wertvoller Dienst an der Allgemeinheit angesehen würde. Eine Gesellschaft, in welcher der Staat niemanden mehr zum Kriegsdienst zwingen kann.

MILITÄRPFLICHTERSATZ

## Hilfsdienst statt Abgabe?

Der Europäische Gerichtshof hat die Wehrpflichtersatzsteuer in der heutigen Form für nicht haltbar erklärt. Das VBS steht nun unter Zugzwang, denn weitere Urteile dürften folgen. Von Piet Dörfinger\*

Vor drei Jahren hat der Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg die Klage eines Diabetikers gegen die Wehrpflichtersatzsteuer gutgeheissen (Glor vs. Schweiz). Der 30-jährige war wegen seiner Krankheit für untauglich erklärt worden und musste rund 700 Franken Wehrpflichtersatz pro Jahr zahlen, obwohl er sich bereit erklärt hatte, Militär- oder Ersatzdienst zu leisten. Das Gericht stellte fest, dass diese Praxis gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Diskriminierungsverbot verstösst. Inzwischen sind Dutzende ähnliche Klagen auf dem Weg durch die Gerichte und werden voraussichtlich in ein bis zwei Jahren vom Europäischen Gerichtshof behandelt. Der Instanzenweg ist lang, die Aussicht auf Erfolg jedoch hoch: Nach einem Einspruch beim Steueramt gegen die Veranlagung der Militärpflichtsteuer muss zuerst erneut die Untauglichkeit festgestellt

werden. Danach folgen Rekurse gegen die Steuerrechnung durch alle gerichtlichen Instanzen bis nach Strassburg. Man geht davon aus, dass die RichterInnen dem Präzedenzteil folgen und den Klägern Recht geben werden.

Trotz des juristischen Drucks hält das VBS vorläufig an der heutigen Militärpflichtabgabe fest. Sobald der Europäische Gerichtshof die Schweiz nochmals verurteilt, wird sich aber die Politik einschalten müssen. Eine Arbeitsgruppe des Bundes erarbeitet derzeit verschiedene Vorschläge für eine Reform des Militärpflichtersatzes, darunter beispielsweise die Einführung eines neuen Hilfsdienstes für «eingeschränkt Taugliche».

Die Diskussion um die Wehrpflichtersatzabgabe zeigt, welchen Eiertanz die Behörden vollbringen müssen, um wenigstens noch den Anschein einer «Wehrgerechtigkeit» zu erwecken.

\* Piet Dörfinger ist Beratungsstellenleiter bei zivildienst.ch. Die Beratungsstelle bietet Unterstützung bei allen Fragen rund um Militär und Zivildienst. Unter anderem hilft sie auch bei Beschwerden gegen die Wehrpflichtersatzsteuer. Kontakt: www.zivildienst.ch oder 044 450 37 37



GEGENKAMPAGNE

## Von der Taufe bis zur Wehrpflicht

Die GegnerInnen unserer Initiative machen mobil. Für sie gilt es ernst, schliesslich sehen sie nichts weniger als den Staat selbst gefährdet. Ein kurzer Blick auf unsere Kontrahenten zeigt: Militarismus, Nationalismus, Politik und Wirtschaft versuchen den Schulterchluss. Von Stefan Dietiker

Die PR-Agentur Farner, die mit dem VBS eng verbunden ist, wird im Abstimmungskampf mit der «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM)» präsent sein. Die PR-Agentur machte 2009 im Abstimmungskampf zum Verbot von Kriegsmaterialexporten mit ihrer Bespitzelung des GSoA-Fitamins Schlagzeilen. Zum AWM gehören beispielsweise Pro Tell oder die erkonservative Gruppe Giardino.

Den Schulterchluss mit der Wirtschaft versucht die Offiziersgesellschaft zusammen mit dem wirtschaftskonservativen Lilienbergforum. Peter Schneider, Chefredaktor der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung», dem offiziellen Organ der Offiziersgesellschaft, wird

ab 1. Januar die Leitung des «Aktionsfeldes Sicherheit & Armee» im Lilienbergforum übernehmen. An einer Diskussionsveranstaltung im August sicherten die Teilnehmenden am Lilienbergforum, dem Gegenkampagnenleiter Hans-Peter Wüthrich ihre Unterstützung zu.

### «Überall hāt's VBS dra»

Alt-Brigadier Hans-Peter Wüthrich sorgte schon 2010 für ein Gewitter in der Presseabteilung des VBS, weil sich der Brigadier, obwohl er sich im Vorruhestand befand, mehrere zehntausend Franken als Berater des VBS gutschreiben liess. 2011 leitete Wüthrich bereits die Lampionkampagne gegen die Waffenschutzinitiative. Dass es den GegnerInnen der Wehrpflichtinitiative um die Aufrechterhaltung von traditionalistischen Werten geht, zeigt auch ein Interview von Brigadier Peter Candidus Stocker im evangelischen Magazin «idea Spektrum»: «In der Taufe ist ein Stück weit auch die Wehrpflicht enthalten, weil es ja darum geht die Gemeinschaft zu schützen. [...] Wer einen Schweizerpass besitzt, hat damit auch eine Art Taufschein für die Allgemeine Wehrpflicht.»

BESCHAFFUNGSWAHN

## Was hat Gripen mit Bodluv zu tun?

Wie Rheinmetall Ende Oktober bekannt gab, baut die Waffenfabrik in Zürich achtzig Stellen ab. Die Sparte der Flugabwehrkanonen und Air-Defence-Produkte ist «Opfer» der Kürzungen in den europäischen Verteidigungsbudgets. Mit den Milliardenbeschaffungen von neuen Kampfflugzeugen, neuen Drohnen und dem Ersatz des Boden-Luft-Abwehrsystems läuft die Schweiz komplett gegen den Trend. Von Stefan Dietiker

Die Armee möchte auf das Jahr 2020 hin die alten Boden-Luft-Verteidigungssysteme Rapier, Stinger und die Mittleren Fliegerabwehr-Kanonen ersetzen. Dabei schwebt dem VBS ein neues Gesamtsystem für den Objekt- und Raumschutz vor. Unter dem Namen BODLUV 2020 werden Systeme gesucht, die gegen Raketen, Artillerie- oder Mörsermunition einsetzbar sind. 2017 sollen im Rüstungsbudget die ersten Kredite für die Evaluierung gesprochen werden. Vor welchen Raketen sich die Schweiz verteidigen muss, ist bis heute nicht geklärt. Klar ist aber, dass der Kauf neuer Kampffjets mit der

Beschaffung eines neuen Boden-Luft-Verteidigungssystems eng verbunden ist. Schliesslich stehen dahinter ebenfalls grosse Rüstungsfirmen und ihre Interessen.

### Rheinmetall Air Defence

Anfangs September dieses Jahres führte die Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe «AVIA Luftwaffe» einen grossen Informationsanlass zum Kampffjetkauf durch. Eingeladen waren Vertreter von VBS, Armasuisse, Luftwaffe, Saab, Ruag sowie befreundete Organisationen und ausgewählte Medienschaffende. Anmelden konnte man sich bei Frau Ursula Maag von Rheinmetall Air Defence. Diese Chance wollten wir uns nicht entgehen lassen und meldeten uns bei Rheinmetall an. Nach etwa einer Woche bekamen wir vom Zentralpräsident der AVIA, Oberst Fabian Ochsner, einen negativen Entscheid, weil die Präsenz der GSoA den Anlass negativ beeinflussen würde. Diese Absage hat sicher den einen oder anderen Fisch an diesem Anlass zu einem «Gut gemacht» hinreissen lassen.

Wieso sich die Rheinmetall Air Defence stark für den Kauf neuer Kampffjets einsetzt, lässt sich anhand der Person von Fabian Ochsner erklären. Fabian Ochsners militärische Funktion ist aktuell Chef Einsatz Boden-Luft-Abwehr, ausserdem gehört er dem Einsatzstab Luftwaffe an und ist Zentralpräsident der AVIA. Fabian Ochsner arbeitet aber auch bei Rheinmetall Air Defence als Vizedirektor und Mitglied der Bereichsleitung. Er ist zuständig für das Produktportfolio und das Marketing der Flugabwehrunternehmung. Fabian Ochsner wird also dafür bezahlt, der Schweiz Flab-Systeme anzudrehen, welche die Rheinmetall Air Defence herstellt.

### Gripen-Kauf in neuem Licht

Der Kauf von neuen Kampffjets weckt natürlich auch in anderen Truppengattungen Begehrlichkeiten. Wenn schon der Tiger ersetzt wird, soll doch bitte auch ein neues Fliegerabwehrsystem her. Diese neuen Abwehrsysteme werden Milliarden verschlingen. Unter dem Namen «PRO Fliegerabwehr» wirbt eine Gruppe aus dem Dunstkreis des militärischen Nachrichten-

dienstes für die geplante Beschaffung neuer Boden-Luft-Abwehrsysteme. In weiser Voraussicht hat die Rheinmetall Air Defence schon einmal ein bezahltes Werbebanner auf der Homepage der Lobbygruppe geschaltet. Die Verstrickung von Militär und Rüstungsindustrie ist nichts Neues. Neu ist auch nicht, dass der Kauf des Saab-Gripen eine engere Zusammenarbeit zwischen Ruag und Saab bedeutet. Neu ist aber, dass das Volk mit einem Ja zu neuen Kampffjets auch Ja sagt zu neuen Boden-Luft-Abwehrsystemen. Schliesslich macht es aus militärischer Sicht keinen Sinn, neue Kampffjets zu kaufen, die nicht in ein erweitertes Luftverteidigungskonzept passen. Wenn sich die Politik mit dem Kauf neuer Kampffjets beschäftigt, sollte sie sich auch mit dem Rattenschwanz beschäftigen, der auf den Kauf folgt. Es ist offensichtlich, dass es beim Kauf neuer Kampffjets nicht um die Sicherheit unseres Landes geht, sondern um die Interessen einiger Militärs, die dieses Spielzeug wollen, und um die Interessen der Rüstungsindustrie, die dieses Spielzeug noch so gerne liefert.

MEDIENTAG GRIPEN

## The show must go on!

Das VBS präsentierte den Gripen-F-Prototyp den Medien. Auch ein GSoA-Reporter war vor Ort. Von Jonas Zürcher

Am 11. Oktober veranstaltete das VBS auf der Axalp eine grosse Flugshow - mit dem «Gripen-F Demonstrator» als Ehrengast. Der Tauglichkeitsbeweis war das oberste Ziel. Auch der Hinterletzte sollte es sehen: Der Gripen-F Demonstrator fliegt, samt neuem Triebwerk. Genau diese Flugtauglichkeit wollte die Armasuisse auch den Medien zeigen. Mitte Oktober lud sie die Medienschaffenden nach Emmen zur Demonstration ein. Auch ich war für die GSoA-Zeitung dabei und durfte den Gripen von ganz nah begutachten.

### Bern – Emmen

Per Shuttlebus wurden die JournalistInnen von Luzern und Bern nach Emmen gefahren. «Hast du den Magneten dabei?» fragte mich der Journalist einer Onlinezeitung. «Warum sollte ich einen Magneten mitbringen?» fragte ich zurück. «Das macht man doch so, um die Rostbeulen unter dem Lack zu finden», entgegnete mein Gegenüber mit einem Grinsen im Gesicht. Der Gripen geniesst also nicht nur bei mir wenig Ansehen. Nachdem alle ihren Medienbadge erhalten hatten, führte man uns in einen Hangar. Und da stand er. Wie auf Kommando packten die JournalistInnen die Kameras aus. Als hätten wir Madonna oder Robbie Williams vor der Linse, wurde wie wild fotografiert. Ich entschied mich einfach mitzumachen. Später zeigte uns Jürg Weber (Gripen-Projektleiter bei Armasuisse) alle Neuerungen direkt

am Demonstrator, beispielsweise das neue AESA-Radar. Eine weitere Innovation sind die zusätzlichen Waffenstationen. Insgesamt sollen fünf Lenkwaffen vom Typ METEOR angehängt werden können. Zudem wurden die Fahrwerke nach aussen in die Flügel verlegt, damit das Volumen im Rumpf für den Treibstofftank frei wird. Hinten am Gripen ist das neue Triebwerk, welches bereits seit zehn Jahren im F/A-18 im Einsatz sein soll, eingebaut. Nach der Präsentation fragte eine Journalistin nach: «Wir haben gehört, was gemacht worden ist. Was fehlt noch?» In Webers Antwort wurde klar: Dieser Gripen ist zwar bereits ein Flugzeug, jedoch noch lange nicht der Gripen, welchen Ueli Maurer gerne bestellen würde.

### Wenn die GSoA kommt wird es politisch

Während der Gripen auf den Flugeinsatz vorbereitet wurde, durften die JournalistInnen Fragen stellen. Weil die Zeit drängte, reichte es leider nur für wenige Fragen. Während des ganzen Morgens schwirrte mir aber schon dieselbe Frage im Kopf herum. Warum muss der Gripen Luft-Boden-Einsätze fliegen können? Mit dem Kauf der F/A-18 hat man diese Fähigkeit doch aufgegeben und damals argumentiert, dass die Schweiz ja eine reine Verteidigungsarmee habe. Da ich mir kein Einsatz-Szenario im Inland vorstellen kann, fragte ich, ob man denn Auslandseinsätze plane. Die Frage wurde folgendermassen beantwortet: «Luft-Boden-Einsätze haben zum Ziel, dass man die Bodentruppen da unterstützen kann, wo sie nicht wirken können.» Von Seiten des VBS wurde mir die Frage auch noch beantwortet: «Wir sind uns gewohnt,



GSoA-Aktion am Pistenfest in Birrfeld – August 2012

dass wenn die GSoA Fragen stellt, diese oft politischer Art sind.» Weiter versicherte mir der VBS-Mitarbeiter, dass Luft-Boden-Einsätze nur in der Schweiz denkbar seien. Eigentlich wollte ich noch nachhaken, ob es stimme, dass die Schweiz zusammen mit Schweden ihr Luft-Boden-Know-How wieder aufbauen will. Erst kürzlich wurde bekannt, dass Schweden zusammen mit der finnischen Luftwaffe den Isländischen Luftraum überwachen soll. Dass sich eine Kooperation mit Schweden mit unserem Neutralitätsprinzip in Einklang bringen lässt, muss stark bezweifelt werden.

KRIEGSMATERIAL-EXPORTE

## Kosmetik im Sinne der Rüstungsindustrie

Nachdem Schweizer Handgranaten im syrischen Bürgerkrieg aufgetaucht sind, sieht sich der Bundesrat zum Handeln gezwungen. Mit einer Reihe von Massnahmen soll die Bewilligungspraxis für Waffenexporte verschärft werden. Die «Verschärfung» ist allerdings nicht mehr als Kosmetik an einem falschen Konzept. Von Martin Parpan

Um zu verhindern, dass Schweizer Kriegsmaterial von den belieferten Ländern an andere Staate weiter verkauft wird, will der Bundesrat zukünftig verlangen, dass seitens der Empfänger «hohe Regierungsstellen» mit ihrer Unterschrift gewährleisten, dass die Waffen im Bestimmungsland verbleiben. Solche «Nichtwiederausfuhrklärungen» sind allerdings nicht neu. Neu ist lediglich, dass es bislang genügt, wenn subalterne Beamte die Erklärung unterzeichneten. In der Praxis dürfte diese Massnahme kaum von grosser Wirkung sein. Dass bei den bekannt gewordenen Fällen die «Nichtwiederausfuhrklärungen» missachtet wurden, hängt wohl kaum damit zusammen,

dass diese nicht von hohen Regierungsstellen unterzeichnet wurden. Vielmehr dürften hohe Regierungsstellen die Deals abgesegnet haben. Eine Unterschrift auf einer Vereinbarung mit der Schweiz hat im «Big Business Waffenexport» wohl kaum grosse Bedeutung. Ein spezifisches Vorgehen wurde für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) definiert. Dies deshalb, weil die VAE besonders häufig Schweizer Kriegsmaterial weiterexportieren. Die Schweiz soll künftig die Möglichkeit bekommen, sogenannte Post-shipment Inspections durchzuführen. Das heisst, dass Schweizer Experten vor Ort prüfen können, ob die exportierten Waffen noch im Land sind. Bei dieser Massnahme stellt sich die Frage, wie man sich dies in der Praxis konkret vorstellt. Sollten die VAE beispielweise behaupten, dass Handgranaten für Trainingszwecke verwendet wurden, wird es den Schweizer Experten wohl schwer fallen, das Gegenteil zu beweisen. Eine andere Massnahme betrifft bereits erfolgte Waffenlieferungen. Bei fünf bis zehn Ländern will das Seco Untersuchungen anstellen. Was

genau untersucht werden soll und welche Länder es betrifft, scheint allerdings noch nicht klar. Wer nicht sagen kann, was er wo sucht, hinterlässt nicht den Eindruck, dass ihm viel daran liegt, etwas zu finden.

### Praxisfremde «Verschärfungen»

Grundsätzlich sind Verschärfungen immer zu begrüssen, wenn sie tatsächlich dazu dienen, künftige Opfer mit Waffen «Made in Switzerland» zu verhindern. Bei den erwähnten Massnahmen ist allerdings ganz offensichtlich zu erkennen, dass sie einem anderen Zweck dienen. Die Behörden wollen den Anschein erwecken, die Schweiz sei in der Lage, die Verwendung von exportiertem Kriegsmaterial zu kontrollieren. Dabei vermeidet es das Seco tunlichst, die heimische Kriegsmaterialindustrie zu verärgern. Besonders offensichtlich wird diese Politik jeweils dann, wenn der Bundesrat nach einem Skandal den Export von Waffen an ein bestimmtes Land sistiert. Diese Sistierungen werden jeweils so lange aufrechterhalten, bis sich die innenpolitischen Wogen etwas geglättet ha-

ben. Dies geht jeweils ziemlich rasch. So hat der Bundesrat entschieden, dass Export-Gesuche an die VAE bereits wieder behandelt werden. Dass die in Syrien aufgetauchten Handgranaten via VAE dorthin gelangten, ist schon wieder vergessen.

Würde der Bundesrat, der sich immer wieder gerne auf seine angeblich restriktive Bewilligungspraxis beruft, eine ehrliche Bewilligungspraxis anstreben, müsste er ein totales Exportverbot in den arabischen Raum aussprechen. Es ist aber offensichtlich einfacher, halbherzige und praxisfremde «Verschärfungen» zu erlassen und darauf zu hoffen, dass zukünftige Skandale unentdeckt bleiben. Im Falle der Handgranaten in Syrien war es ein Journalist der Sonntags-Zeitung, der den Fall aufdeckte. Dies war reiner Zufall. Wäre dieser Journalist nicht vor Ort gewesen, wäre dieser Skandal gar nie zum Thema geworden. Wie viel ähnliche Skandale gar nie zum Vorschein kommen, lässt sich nur erahnen. Bekannt wird wohl nur die Spitze des Eisbergs.

NAHER UND MITTLERER OSTEN

## Ausfuhren trotz Exportstopp

Im Abstimmungskampf um die Kriegsmaterial-Initiative 2009 machte die damals zuständige Bundesrätin Doris Leuthard das Versprechen, kein weiteres Kriegsmaterial an die drei Staaten Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien zu liefern. Eine Bilanz. Von Adrian Feller

Betrachten wir die vorhandenen Zahlen, so zeigen sich grosse Unterschiede zwischen den drei Staaten. Einzig im Fall von Ägypten wurde das Versprechen grossumfänglich erfüllt. Gerade im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling scheint es sogar dem sonst so exportfreundigen Bundesrat schwer gefallen zu sein, Exporte nach Ägypten wieder zuzulassen. Auch im Fall von Pakistan lässt sich eine Tendenz zur Besserung erkennen, doch Exporte von über 20 Millionen Franken in den letzten drei Jahren sind noch lange kein Exportstopp. Dabei hat die Abnahme der Rüstungsexporte nach Pakistan wohl auch damit zu tun, dass Pakistan noch 2008 grösster Kunde der Schweizer Waffenindustrie war. Das Land hat sich mit Dutzenden Flugabwehrkanonen eingedeckt und den Bedarf dadurch wohl vorübergehend gesättigt. Eine weitere Erklärung für die Abnahme der Exporte nach Pakistan ist, dass alle Schweizer Rüstungsunternehmen mit dem weltweit grössten Waffeneinkäufer Indien ins Geschäft kommen wollen. Da dürften Geschäftskontakte mit Pakistan nicht besonders förderlich sein.

### Gute Kunden werden weiter beliefert

Saudi-Arabien als Spitzenreiter dagegen wird weiterhin beliefert, als ob es das bundesrätliche Versprechen nie gegeben hätte. Der Bundesrat ignoriert dabei das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens im Jemen sowie die Beteiligung

an der Niederschlagung der Demokratiebewegung im benachbarten Bahrain (mit Radschützenpanzern der Mowag). Die zuständige Behörde Seco teilt auf Anfragen jeweils mit, dass es sich entweder um noch vor 2009 bewilligte Ausfuhren handelt oder dann aber um Ersatzteile oder Munition(!) für Fliegerabwehrkanonen von Rheinmetall, die vom bundesrätlichen Exportstopp nicht betroffen seien. Neben dieser unverständlichen und skandalösen Ausnahme für Munition, deklarierte Rheinmetall bereits ganze Radaranlagen «Skyguard» als Ersatzteile, weil diese auf dem Transport beschädigt worden waren. Und in der Kriegsmaterial-Statistik nicht einmal erscheinen werden die 55 militärischen

Trainingsflugzeuge Pilatus PC-21, welche Saudi-Arabien im Mai dieses Jahres bestellt hat. Ein Auftrag über geschätzte 600 Millionen Franken, der aufgrund der Unterstellung dieses Exportes unter das viel lockerere Güterkontrollgesetz aus den Statistiken verschwinden wird. Die Bilanz bleibt im besten Falle zwiespältig. Um die Exporte der Waffenindustrie zu erleichtern, scheint für die Behörden keine Ausnahme unmöglich; dabei auf der Strecke bleiben die Menschenrechte. Um dies zu verhindern werden wir weiter den Finger auf den wunden Punkt halten und versuchen, den Druck weiter zu erhöhen, damit der Bundesrat seine Versprechen endlich erfüllt.

Pilatus will Militärflugzeuge nach Saudi-Arabien liefern



### CAAT gewinnt den Alternativen Nobelpreis

(cb) Die Campaign Against Arms Trade, (CAAT) hat im September den diesjährigen alternativen Nobelpreis, den «Right Livelihood Award», gewonnen. Der Preis entstand in den 1980er Jahren und zeichnet jedes Jahr Personen und Organisationen aus, welche praktische Antworten auf die dringendsten Fragen der heutigen Zeit liefern. Gerade für kleine Organisationen mit wenig Mitteln ist die Auszeichnung, die mit 50'000 Euro dotiert ist, eine grosse finanzielle Unterstützung und bringt internationale Aufmerksamkeit.

CAAT führt in England einen engagierten Kampf gegen den Waffenhandel und deckt durch exzellente Recherchearbeit immer wieder dunkle Machenschaften von Rüstungsfirmen auf. Es gelingt ihr auch regelmässig, die engen Verwicklungen zwischen der britischen Regierung und der Kriegsmaterial-Industrie aufzuzeigen. Die Beziehungen der GSoA zu CAAT sind vielfältig: Der ehemalige GSoA-Sekretär Stefan Luzi und die heutige Sekretärin Cordula Bieri haben beide als PraktikantIn bei CAAT gearbeitet. Ausserdem tauscht man sich regelmässig an den Treffen des European Network Against Arms Trade über aktuelle Kampagnen und Forschungsschwerpunkte aus.

Deshalb gratulieren wir unseren PartnerInnen aus Grossbritannien herzlich zum verdienten Preis!

	2009	2010	2011	2012 (bis Sept.)
Ägypten	399'889 CHF	69'488 CHF	2'350 CHF	-
Pakistan	1'499'735 CHF	14'002'395 CHF	6'550'706 CHF	427'298 CHF
Saudi-Arabien	131'594'271 CHF	132'610'693 CHF	20'641'815 CHF	17'251'967 CHF

REFERENDUM

# Desertion darf kein Ausschlussgrund für Asyl sein!

Die GSoA unterstützt das Referendum gegen die erneute Verschärfung des Asylgesetzes aus mehreren Gründen. Der wichtigste ist der Ausschluss der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund. Von Jo Lang

Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien, wo die Desertionen die einzige Chance sind, den Despoten ohne Blutvergiessen zu stürzen, ist der Ausschluss der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund besonders grotesk. Hinter diesem Revisionspunkt steckt vor allem die SVP, insbesondere Christoph Blocher. Am 20. Dezember 2005 hatte die (inzwischen ins Bundesverwaltungsgericht überführte) Asylrekurskommission (ARK) ein Grundsatzurteil veröffentlicht, wonach die Bestrafung von Militärverweigerung und Desertion in Eritrea unverhältnismässig streng und deshalb als politisch motiviert einzustufen sei. Die betroffenen Personen seien deshalb als Flüchtlinge anzuerkennen. Das bedeutete eine Desavouierung Blochers und des Bundesamtes für Migration (BFM). In der Folge setzte die SVP massiv Druck auf, um diesen Entscheid über eine Gesetzesänderung auszuhebeln.

## Die bundesrätliche Verschärfung ...

Im Mai 2010 schlug der Bundesrat folgenden neuen Absatz 3 zu Artikel 3 des Asylgesetzes vor: «Keine Flüchtlinge sind Personen, die einzig wegen Wehrdienstverweigerung oder Desertion ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden.» Der Ständerat, der am 12. Dezember 2011 als Erstrat die Asyl-Revision beriet, unterstützte diese Verschärfung mit 24 : 14 Stimmen. Zur Kommissionsminderheit gehörte der CVP-Fraktionschef Urs Schwaller: «Erstens würde, das geht auch aus einem Schreiben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge hervor, der vorgeschlagene Ausschluss von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren von der Flüchtlingseigenschaft eine Abweichung vom Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention darstellen, und das wäre im internationalen Kontext ein Alleingang.» Als zweites zitierte Schwaller Aussagen von Bundesrätin Sommaruga aus der Kommission: «Das ist Politik im Symbolbereich» (weil die eritreischen Deserteure ohnehin nicht zurück geschickt werden können.)

## ... wird durch den Nationalrat zweifach verschärft

Die Sprecherin der Kommissionsmehrheit, Christine Egerszegi-Obrist (FDP), wies dann auf das Wörtchen «einzig» hin und sagte in diesem Zusammenhang, dass Desertion weiterhin ein Asylgrund sei, sofern wegen ihr «eine unmenschliche Behandlung» drohe. Der Nationalrat hat dann die bundesrätliche Bestimmung zusätzlich massiv verschärft, indem er das Wörtchen «einzig» strich. Andreas Gross (SP), der mit dem bundesrätlichen Vorschlag hätte leben können, führte am 13. Juni 2012 aus, was diese Streichung bedeutet: «Einer, der Wehrdienstverweigerer ist, hätte dann nicht mehr das Recht, um Asyl zu ersuchen, er könnte keinen Flüchtlingsstatus mehr erhalten. Die Bestimmung wäre, wenn Sie das Wort ‚einzig‘ streichen, völkerrechtswidrig und würde der Konvention widersprechen.»

Der Nationalrat setzte noch eine weitere Verschärfung durch: die Dringlichkeit der Änderung dieser Bestimmung. Diese ist, wie auch ein Gutachten des Justizdepartements ergab, eindeutig nicht vorhanden. Artikel 165 der Bundesverfassung lässt Dringlichkeit nur zu, wenn diese zwingend gegeben ist. Das trifft hier allein schon nicht zu wegen dem Umstand, dass Deserteure aus Eritrea ohnehin nicht zurückgeschickt werden können, das Gesetz in nächster Zeit also keine praktischen Folgen hat.

## Militaristische Ideologie

Das Streichen des Wörtchens «einzig» sowie die völlig willkürliche Dringlicherklärung bestätigen, dass es bei dieser Verschärfung um Ideologie geht. Die Verachtung von Desertion gehört zu den Kerngehalten von Nationalismus und Militarismus. Kriegsverweigerung, die nie ein ausschliesslicher und ausdrücklicher Asylgrund war, wird nun ausschliesslich und ausdrücklich als solcher ausgeschlossen. Allerdings steht die Asylverweigerung für Kriegsverweigerer völlig im Einklang mit der Förderung der Kriegsmaterialexporte durch die gleichen Parteien und PolitikerInnen. Häufig tragen die helvetischen Kriegsmaterialien dazu bei, dass Menschen zur Flucht gezwungen werden.

Die Verachtung von Desertion ist verankert in den mentalen Tiefenstrukturen der bürgerlich-traditionalistischen Schweiz. Deshalb war die Schweiz das letzte Land, das Militärverweigerern, diesen sogenannten «Staatskrüppeln», einen Zivildienst zugestand. Wegen dieser engen Verknüpfung von Bürgerrecht und Wehrpflicht war das eidgenössische Männervolk das letzte, das die Frauen zu Bürgerinnen machte. Deshalb tut sich die Schweiz so schwer mit der Aufhebung der Wehrpflicht. Diese Schweiz, gegen die die GSoA vor 30 Jahren angetreten ist, trägt die Verantwortung für die Abschaffung der Desertion als Asylgrund.

Die GSoA-Kampagne gegen die Verschärfung des Asylgesetzes wird den militaristischen Stier bei den Hörnern packen. Wir werden die Verweigerung von Militär und Krieg als positive und politische Friedens-Aktionen darstellen. Deserteure schützen heisst den Frieden fördern.

## Weitere Verschärfungen

(1) Die Revision des Asylgesetzes führt zu weiteren Verschärfungen. Die schwerwiegendste ist die Abschaffung des Botschafts-Asyls. Das zwingt Flüchtlinge, den weiten und häufig gefährlichen Weg an die Schweizergrenze auf sich zu nehmen, um hier vielleicht Asyl zu bekommen. Besonders trifft diese Verschärfung Frauen und Kinder. Der Anteil von asylsuchenden Frauen ist in der Schweiz ein Drittel tiefer als in den Schweizer Botschaften. Die Einweisung «renitenter» Flüchtlinge in Sonderzentren ist rechtsstaatlich fragwürdig, weil die Definition von «renitent» völlig willkürlich ist. Völlig undemokratisch ist die Dringlichkeit. Die Verfassung, welche diese nur zulässt, wenn die Massnahme «keinen Aufschub duldet», wird eindeutig verletzt.



## Punkte fürs Strammstehen

Die Hochschule St.Gallen (HSG) beschloss diesen Sommer den Studierenden bis zu 12 ECTS-Punkte für das Absolvieren einer militärischen Kaderausbildung zu schenken. Das Ziel ist klar: So soll es für junge Männer attraktiver werden, eine militärische Kaderausbildung zu besuchen. Es spricht nicht für die HSG, dass das Strammstehen mit dem Erbringen von universitären Leistungen gleichgesetzt wird.

## MILITÄRTECHNOLOGIEN

# «Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen»

In der Schweiz arbeiten diverse Hochschulen mit der Schweizer Armee und mit Rüstungsbetrieben zusammen, um Waffen weiterzuentwickeln. Eine erfolgreiche Kampagne aus Deutschland zeigt, wie gegen diese Militarisierung vorgegangen werden kann. Von Nikolai Prawzic

In sieben Schweizer Städten entwickeln Studierende und Uni-Angestellte Radarüberwachungssysteme, Raketenmotore, Gefechtsköpfe oder forschen an Tarnsystemen. Diese Forschungsprogramme lässt sich alleine die Armasuisse in diesem Jahr über 16 Millionen Franken kosten.

## Staatlich finanzierte Waffenforschung

Die immer grössere Nähe von Industrie und öffentlichen Bildungsinstitutionen ist Teil der Ökonomisierung der Bildung. Geforscht wird dort, wo ökonomischer Mehrwert generiert werden kann – auch wenn es sich um menschenfeindliche Technologien handelt. Ökonomische

Interessen dominieren so zunehmend die Forschungsprojekte. Klar ist, dass Rüstungsfirmen so sehr billig an Know-How kommen – sie bezahlen bloss einen kleinen Teil der Projektkosten. Der Staat übernimmt den grösseren Teil und unterstützt so ganz direkt die Waffenforschung. In Grossbritannien etwa arbeiteten die Universitäten an mehr als 1900 militärischen Projekten. Und in Deutschland zahlt das Verteidigungsministerium jährlich über eine Milliarde Euro und kann so ganz direkt bestimmen, was erforscht wird.

## Hochschulen für den Frieden

Gegen diese Militarisierung der öffentlichen Forschung regt sich Widerstand. Friedensorganisationen, Studierendeninitiativen, Lehrende, GewerkschafterInnen und Wissenschaftsorganisationen haben 2011 in Deutschland gemeinsam das Bündnis «Hochschulen für den Frieden» gegründet, das sich für ein völliges Verbot der militärischen Forschung an öffentlichen Unis

einsetzt. Zu Beginn wurde die Forderung nur an einigen wenigen Hochschulen diskutiert, heute wird an vielen Hochschulen heftig über militärische Forschung debattiert.

## «Zivilklausel»

Die Forderung, die unter dem Namen «Zivilklausel» bekannt wurde, fordert die Hochschulen auf, ihre wissenschaftliche Verantwortung wahr zu nehmen und zu Gunsten einer friedlichen und zivilen Gesellschaftsentwicklung zu forschen. Bereits angeschlossen haben sich die Universitäten in Bremen, Tübingen, Konstanz und Kassel.

Damit in der Schweiz Studierende nicht länger für militärische Forschungsprojekte eingesetzt werden und das Perfektionieren des Kriegshandwerk an Schweizer Unis nicht mehr zum normalen Betrieb gehört, wird sich die GSoA bemühen, auch in der Schweiz eine Diskussion über die Einführung einer Zivilklausel zu lancieren.

KONFLIKTFORSCHUNG

# Das Zeitalter der Kriege geht zu Ende

Noch nie in der Geschichte starben weniger Menschen durch bewaffnete Konflikte und Gewalt als heute. Und es gibt keinen Hinweis, dass dieser Trend sich nicht fortsetzen wird. Die Friedensbewegung ist sich nicht bewusst, wie wirksam sie ist, wenn man nicht nur die kurzfristigen Niederlagen, sondern ihre langfristigen Erfolge betrachtet.

Von Andreas Weibel

Bürgerkrieg in Syrien, Selbstmordattentate in Afghanistan, Gewalt in Mali: Die täglichen Schlagzeilen aus Konfliktregionen erwecken den Eindruck, dass die Menschheit immer mehr in einer Spirale der Gewalt versinkt. Die brutalen Bilder verzerren jedoch unseren Blick auf eine Entwicklung, die seit Jahrhunderten anhält: Die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Krieg und Gewalt zu werden, hat im Laufe der Zeit drastisch abgenommen.

Viele HistorikerInnen, FriedensforscherInnen und KriminologInnen haben erforscht, wie verbreitet Gewalt zu bestimmten Zeiten in verschiedenen Regionen war. Besonders umfassende

Daten haben beispielsweise die Forschungsinstitute SIPRI in Schweden oder PRIO in Norwegen zusammengetragen. Die Zahlen sind für viele überraschend, aber eindeutig: Trotz den beiden Weltkriegen und Genoziden wie in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien sind im 20. Jahrhundert im Verhältnis zur Weltbevölkerung weniger Menschen in bewaffneten Konflikten gestorben als je zuvor. Auch die verbreitete Annahme, dass es seit dem Ende des Kalten Krieges zu einer Zunahme von asymmetrischen, ethnischen oder innerstaatlichen Konflikten gekommen sei, ist empirisch falsch – das Gegenteil ist der Fall.

## Weltweite Entmilitarisierung

Die Vorstellung, dass es eine Ehre ist, seine Söhne für das Vaterland oder für eine Ideologie zu opfern, ist heutzutage weniger verbreitet als je zuvor. Der Grad der Militarisierung hat in fast allen Gesellschaften massiv abgenommen, von Südamerika über Asien bis Afrika. Die einzigen Regionen, in denen die Entwicklung noch nicht eingesetzt hat, sind der Nahe und Mittlere

Osten sowie Teile von Nord- und Zentralafrika. Am bemerkenswertesten ist die Entmilitarisierung Europas. Ein Besucher aus früheren Zeiten würde sich im heutigen Europa fragen: «Wo sind all die Soldaten geblieben?» Die Bestrebungen zum Aufbau einer EU-Armee sind bedauerlich. Die Ursache dieser Pläne ist jedoch positiv: Europas nationale Streitkräfte wurden in den letzten 60 Jahren laufend verkleinert. Kaum ein Land auf unserem Kontinent kennt mehr die Wehrpflicht.

Weshalb ist die Gewalt weltweit im Rückgang begriffen? Der Soziologe Nibert Elias führte die Entwicklung auf einen fortschreitenden Prozess der «Zivilisierung» zurück. Die Menschen lernten immer besser ihre Impulse zu zügeln, empathisch zu handeln und Probleme rational zu lösen. Andere, wie MIT-Professor Steven Pinker, erklären das fortschreitende Verschwinden von Kriegen ökonomisch. Es sei heute schlicht kostengünstiger mit einem Land Handel zu betreiben als es zu besetzen. Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, dass das militärische Denken an Boden verliert.

Geschichte geschieht nicht einfach, sie wird gemacht. Seit Generationen setzen sich Menschen für Frieden, Abrüstung und Verständigung ein. Der Erfolg dieses steten Kampfes lässt sich kaum überschätzen. Es ist beispielsweise einzig den massiven Protesten vor dem Irakkrieg zu verdanken, dass Flächenbombardements gegen zivile Ziele in jenem Krieg undenkbar waren – im Gegensatz zum Vietnamkrieg wenige Jahrzehnte zuvor.

## Es bleibt viel zu tun

Trotz allem Optimismus: Es bleibt noch viel zu tun. Auch in der Schweiz können wir unseren Beitrag leisten, dass sich der Frieden im Nahen Osten durchsetzt. Ein Ende der militärischen Zusammenarbeit und der Waffenexporte in die Region wäre ein erster Schritt. Es ist unsere Verantwortung, den Militärköpfen in unserem Land Widerstand zu leisten und aufzuzeigen, dass die Zeit der Armeen unwiderruflich am Ablaufen ist. Die Wehrpflichtinitiative ist ein Weg dazu, ebenso das Engagement gegen neue Kampfjets und gegen die Asylrechtsrevision.

REFERAT VON ILAN PAPPE

## 1948 – eine andere Geschichte

Am 30. November spricht der bekannte israelische Historiker Ilan Pappé in Bern. Das Referat findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Die Nakba: Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen 1948 und heutige palästinensische Realitäten» statt. Ilan Pappé gehört zu den sogenannten «Neuen Historikern» Israels, welche die Geschichte der Staatsgründung Israels einer Revision unterziehen. Pappé hat jahrelang die Ereignisse 1947/48 aufgrund von Augenzeugenberichten und neu zugänglichen Dokumenten erforscht und ist dabei zu Ergebnissen gekommen, die der offiziellen Geschichtsschreibung widersprechen. Bekannt wurde er mit seinem Buch «Die ethnische Säuberung Palästinas»: In

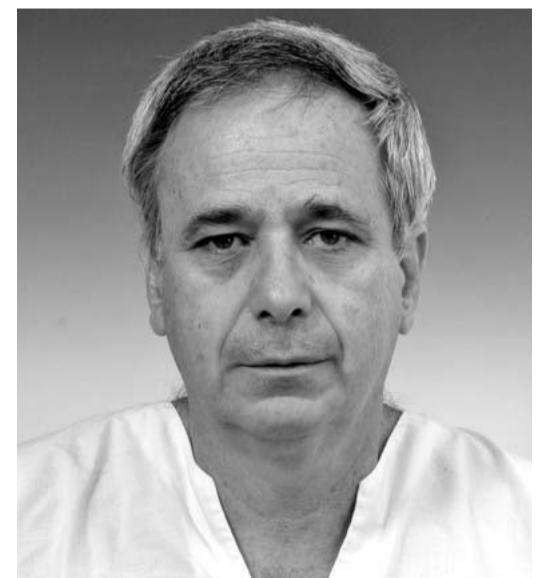
diesem Werk dokumentiert er die These, nach welcher bei der Errichtung des israelischen Staates die planmässige Vertreibung der einheimischen Bevölkerung vorgesehen war. In seiner 2011 auf Deutsch erschienenen Autobiographie «Wissenschaft als Herrschaftsdienst – Der Kampf um die akademische Freiheit in Israel» erzählt der Autor, wie seine Forschungen und sein Engagement für die Anerkennung der Nakba dazu führten, dass er an der Universität Haifa als Professor für Politikwissenschaft zunehmend marginalisiert wurde. Nach der Veröffentlichung der Autobiographie musste er Israel schliesslich nach Drohungen und Denunziationen verlassen. Heute ist er Professor am

Institut für Arabische und Islamische Studien an der Universität Exeter in England und Direktor des dortigen Europäischen Zentrums für Palestine Studies.

**Freitag 30. November, 18.15 Uhr, Universität Bern UniS, Schanzeneckstrasse 1, 3012 Bern «1948 – eine andere Geschichte»: Referat von Prof. Ilan Pappé, Universität Exeter mit einer Einführung durch Prof. Dr. Reinhard Schulze, Institut für Islamwissenschaft, Universität Bern**

Weitere Informationen zu Referat und Ausstellung: [www.nakbabern.ch](http://www.nakbabern.ch)

Ilan Pappé



75 JAHRE MEDICO INTERNATIONAL SCHWEIZ

## Recht auf Gesundheit auch für Kriegstraumatisierte

Gegründet während des Spanischen Bürgerkrieges als **Centrale Sanitaire Suisse**, setzt sich **medico international schweiz** seit 1937 engagiert für den Zugang zum Gesundheitswesen für alle ein, sei dies für benachteiligte Bevölkerungsgruppen oder für Menschen in und nach einer Kriegssituation.

Von Barbara Schumacher Cheema

Seit zehn Jahren reisen Ursula Hauser, Psychoanalytikerin, und Maja Hess, Ärztin und Präsidentin von **medico international schweiz**, nach Gaza, um dort Fachleute in der Methode des Psychodrama auszubilden und ihre Arbeit mit Gruppen - meist sind es Frauen, Kinder und Jugendliche - zu supervisieren. Dabei müssen jedes Mal viele Mauern überwunden werden: die realen am Checkpoint Erez, aber auch Kon-

trollen und Hindernisse von Seiten der israelischen Besatzungsmacht, Vorurteile und Ängste von Fachleuten und Berufsverbänden und nicht zuletzt die Mauern im eigenen Kopf.

### Psychosoziale Bearbeitung von traumatischen Erlebnissen

Das Psychodrama als Gruppentherapie-Methode stärkt die Kraft der Einzelnen und der ganzen Gruppe im kollektiven Wiedererleben, Erinnern und Durcharbeiten von schwierigen Lebenssituationen, wie sie in Gaza Alltag sind. Dabei entspricht die Arbeit in der Gruppe der in Grossfamilien organisierten lokalen palästinensischen Gesellschaft. Eine Frau, die während des Gazakrieges 2008/9 miterleben musste, wie ihr Mann von israelischen Soldaten umgebracht wurde, entschliesst sich, dieses Geschehen im

Kollektiv der Psychodrama-Gruppe zu bearbeiten. Sie möchte ihre Wut und Trauer ausdrücken. Und sie erhofft sich, dem unerträglichen Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit etwas entgegenzusetzen: Wenigstens in der gespielten psychodramatischen Szene kann sie sich gegen die Erschiessung ihres Mannes zur Wehr setzen. Die Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse ermöglicht es ihr, neue Lebensfreude, Solidarität und Empathie zurückzugewinnen.

**medico international schweiz** unterstützt lokale basismedizinische Initiativen in Mexiko, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Kuba, Vietnam und Palästina/Israel.

[www.medicointernational.ch](http://www.medicointernational.ch)



### Der neue Panzerknacker ist da!

(np) Die Soldatenzeitung der GSoA informiert die Soldaten über ihre Rechte und hilft ihnen, den Alltag erträglicher zu gestalten. Sie enthält Tipps, wie man dem sinnlosen militärischen Zwang entkommen kann und gibt Auskunft über verschiedene Beratungsstellen, aber auch über das politische Engagement der GSoA. Die Soldatenzeitung wird regelmässig von GSoA-AktivistInnen an Bahnhöfen an einrückende Soldaten verteilt. Man kann sie auch per Mail an [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch) bestellen und dann an Söhne, Brüder und Freunde weitergeben.

## Asylreferendum unterschreiben!

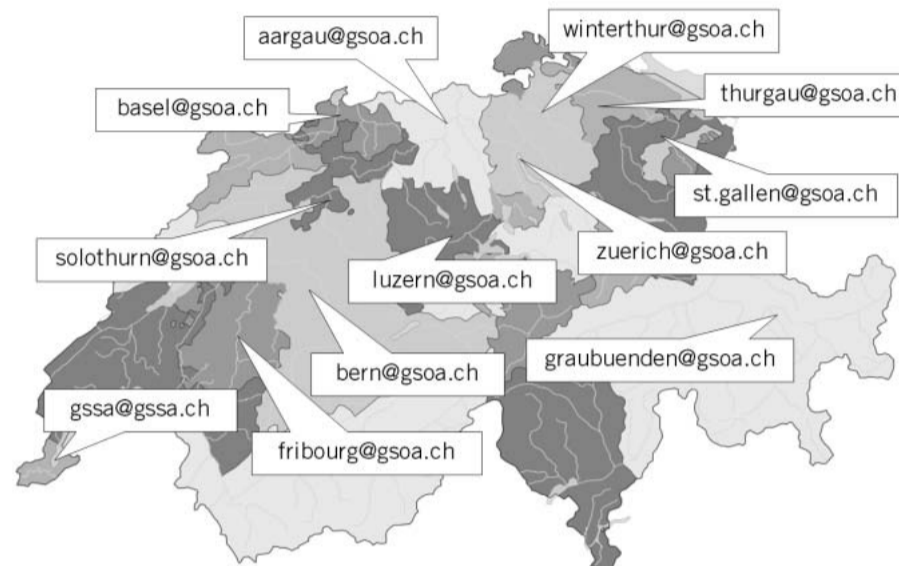
(fb) Dieser Ausgabe der GSoA-Zitig liegt eine Unterschriftenkarte bei. Die GSoA unterstützt das Referendum gegen die unmenschlichen Verschärfungen im Asylgesetz. Dass Kriegsdienstverweigerer vom Asylrecht ausgeschlossen werden sollen, ist ein Frontalangriff auf unsere antimilitaristische Grundüberzeugung.

Alle LeserInnen der GSoA-Zeitung sind aufgerufen, das Referendum selber zu unterschreiben und in Ihrem Umfeld weitere Unterschriften zu sammeln. Zusätzliche Unterschriftenkarten kannst Du per Mail ([gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch)) oder Telefon (044 273 01 00) bestellen.

Unsere Gründe für die Unterstützung dieses Referendums werden auf Seite 6 dieser Zeitung ausführlich dargelegt.

## Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Im Moment sammeln wir Unterschriften für das Asylreferendum. Und ein weiteres Referendum gegen neue Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



## Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden uns einiges Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**



Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch im Internet:  
[www.youtube.com/user/GregorsGunTV](http://www.youtube.com/user/GregorsGunTV)

**GREGOR,**  
das glückliche Gewehr



## GSoA-Material...

### Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel./E-Mail

E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	<b>Versandkostenanteil</b>			<b>Fr. 4.80</b>

Ich werde GSoA-Mitglied  Verdienende Fr. 100.-  Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende  Fr. 50.-  Fr. 20.-  Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

**Rechnungsbetrag**

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, [www.gsoa.ch/material](http://www.gsoa.ch/material)



### Impressum

**Redaktion:** Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzc (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)

**Cartoons:** Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

**Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich

**Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-**

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5

**Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch), [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.